

GRÜNE / ÖDP im Bezirkstag Schwaben

Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, Herr Regierungspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, chères amis,

vieles ist schon gesagt, erlauben Sie mir deshalb auf die für unsere Fraktion wesentlichen Gesichtspunkte bei der Haushaltsverabschiedung des Bezirks Schwaben einzugehen.

Zunächst zum Einzelplan 4:

Sehen wir uns die wachsenden Ausgaben bei den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) an, so stellen wir fest, dass allein die Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich (um plus 22 Mio auf 171,6 Mio) mehr ist, als die Gesamtausgaben für die ambulante sozialpsychiatrische Versorgung (insgesamt 19,5 Mio). Zugleich beklagen wir, dass die Steigerungen bei den WfbMs die sog. „Quereinsteiger“ und in hohem Maße auch die psychisch kranken Menschen sind. Solange wir die Alternativen und hier insbesondere die Tagesstätten und alternative Arbeitsprojekte so erbärmlich fördern, werden die Ausgaben bei den WfbMs weiter steigen!

Den Grundsatz „ambulant vor stationär“ sollte man sich angesichts der Zahlen von 70 % Hilfen im stationären Bereich, 9 % Einzelhilfe im ambulanten Bereich und 2,8 % für ambulant sozialpsychiatrische Versorgung noch einmal deutlich ins Gedächtnis rufen!

Mit hohem personellem Aufwand und viel Akribie scheint uns, wird jeder unserer Anträge auf Erhöhung der Mittel zur ambulant komplementären Versorgung kritisch beäugt, trotz Kenntnis dessen, dass der Ausbau z.B. der Tagesstätten für psychisch kranke Menschen seit Jahren stagniert. Auch unser Antrag, Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro zur Entwicklung und zum Aufbau eines psychiatrischen Krisendienstes bereitzustellen, wurde zwar dem Grunde nach befürwortet, im Ergebnis aber gleich mal um die Hälfte gekürzt.

In Relation zu anderen Ausgaben, die nicht zu unseren Pflichtaufgaben gehören, ist dies in Anbetracht der vorgenannten Zahlen für uns unverständlich, womit ich schon beim nächsten Thema bin, dem Einzelplan 3.

Die 50.000 Euro die Sie uns zur Verbesserung der Situation der psychisch kranken Menschen in Schwaben im Einzelplan 4 gewährt haben, nehmen sich im Vergleich zu den uns ad hoc in der letzten Bezirksausschusssitzung vorgelegten Kosten in Höhe von 282.500 Euro allein für das Bildungszentrum in Kloster Roggenburg wie Peanuts aus. Sie haben dazu von unserer Fraktion ein deutliches Nein vernommen, das wir hier und heute noch einmal bekräftigen. Schaut man sich die Gemeindeordnung an, ist mehr als fraglich, ob so ein Beschluss in letzter Minute gefällt werden soll, denn dort steht: nur Beratungsgegenstände, die sich für die Gemeinde, hier den Bezirk, andernfalls als finanziell nachteilig erweisen würden, sollen kurzfristig als Tischvorlage aufgenommen werden. Im Umkehrschluss, so könnte man meinen, impliziert dies auch die Pflicht, sich in hohem Umfang auswirkende Kosten nicht

in letzter Minute im Schnellverfahren durchzuwinken. Was uns in jedem Fall stört ist, dass die Beratungen dazu ohne vorherige Diskussion im zuständigen Fachausschuss und daher in unseren Augen am zuständigen Fachgremium vorbei, diskutiert wurden. Andererseits kann man dem ganzen auch etwas Positives abgewinnen, wenn man davon ausgeht, dass künftig jeder Fraktion ein sog. Freischuss in letzter Minute eingeräumt wird. Dann können wir uns auf die Haushaltsberatungen der nächsten Jahre freuen, was dem Kämmerer jedoch weniger gefallen wird!

Fakt ist, dass Sie sich bei den Haushaltsberatungen, wie in den vergangenen Jahren stets auch, dafür eingesetzt haben, Prestigeobjekte in großem Umfang im Bezirk Schwaben zu initiieren, ich nenne hier nur das Schützenkompetenzzentrum Illerbeuren, den Großparkplatz in Oberschönenfeld und jetzt den Rettungsschirm Kloster Roggenburg. Unseren Anträgen im Sozialbereich, der Kernaufgabe des Bezirks, haben Sie sich im Vergleich dazu jedes Jahr stets nur ein paar Brosamen abringen lassen. Solange der Fraktionsvorsitzende der CSU jedes Jahr betont, wie wichtig ihm die Erhöhung des Etats für die kulturelle Förderung ist, werden wir davon ausgehen können, dass sich da auch die nächsten Jahre nichts ändern wird.

Resigniert mussten wir feststellen, dass Sie sich bei den Stellenschaffungen im Bereich Museumsführung/museumspädagogische Aktionen sämtlichen von unserer Seite vorgebrachten Argumenten und Bedenken verschlossen haben. Aus unserer Sicht ist die, ich nenne es bewusst „Zwangsverpflichtung“ eine völlig falsche Weichenstellung, die vorauseilendem Gehorsam folgt, ohne die Auswirkungen zu bedenken. Weder der Umfang der Aufgaben noch das Ausmaß der Verpflichtungen sind so umfassend, dass Sie einer Scheinselbständigkeit Vorschub leisten. Vielmehr scheint es so, dass diejenigen Kräfte, die bis jetzt auf Honorarbasis für uns aber auch andere tätig sind, sich nun entscheiden müssen. Von der arbeitsrechtlichen Eingruppierung vieler qualifizierter Kräfte bis hin zur zeitlichen Verpflichtung ist noch vieles unklar, klar hingegen scheint, dass einige Pädagoginnen und -pädagogen mehr Einbußen als die der bisher gewährten Fahrtkosten in Kauf nehmen müssen. Jahrelange Akquisearbeit und der Aufbau eines Pools an bewährten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dadurch blockiert. Diesbezüglich kommt von unserer Fraktion ein weiteres Nein!

Sieht man sich den Stellenplan für 2016 an, so fällt auf, dass anders als in den vergangenen Jahren dieses Mal die Schaffung einer halben Stelle zur Einführung eines behördlichen Gesundheitsmanagements (BGM, BEM) gar nicht mehr diskutiert wurde. Der Erfolg des Verwaltungshandelns und die Bewältigung mannigfaltiger Aufgaben hängen maßgeblich davon ab, wie motiviert und leistungsfähig die Beschäftigten sind. Eine behördliche Gesundheitsförderung steigert die Leistungsfähigkeit und federt die krankheitsbedingten Ausfallkosten ab. Die Verantwortung für die Gestaltung gesunder Rahmenbedingungen trägt die Politik. Aus diesem Grund regen wir an, einen Gesundheitszirkel zu etablieren und in der Folge einen jährlichen Gesundheitstag für die Verwaltung durchzuführen. Wie dies gelingen kann, zeigt das Polizeipräsidium Schwaben vorbildhaft. Einen diesbezüglichen Antrag zur Beschlussfassung für den nächsten Bezirkstag haben wir bereits vorbereitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz vieler Übereinstimmungen setzen wir GRÜNE/ÖDP in den Haushaltsberatungen auch andere Akzente. Wir wünschen uns, die politischen Debatten und wichtige Fragestellungen weiter voranzutreiben.

Ich danke dem Präsidenten, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Einrichtungen des Bezirks in den unterschiedlichsten Bereichen und Funktionen für die Zusammenarbeit, insbesondere auch dem neuen Verwaltungschef und dem Kämmerer. Gerade Ihnen, Herr Seitz, besten Dank für die erteilten Auskünfte. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunalunternehmen und im Schwäbischen Bildungszentrum und wünschen allen eine entspannte Weihnachtszeit!

Aus den zuvor dargelegten Gründen werden wir in der Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf und dem Stellenplan 2016 nicht alle zustimmen.

Für die Ausschussgemeinschaft GRÜNE/ÖDP
gez. Fraktionsvorsitzende Kirsi Hofmeister-Streit